

Die Stellung der Lehrerschaft zu den Abstimmungsvorlagen vom 20. August = Le corps enseignant et la votation du 20 août

Autor(en): **M.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Korrespondenzblatt des Bernischen Lehrervereins = Bulletin de la Société des instituteurs bernois**

Band (Jahr): **7 (1905-1906)**

Heft 4

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-240026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Korrespondenzblatt

des

Bernischen Lehrervereins

BULLETIN

DE LA

SOCIÉTÉ DES INSTITUTEURS BERNOIS

Die Stellung der Lehrerschaft zu den Abstimmungsvorlagen vom 20. August.

Auf den ersten Blick scheint ein Zusammenhang zwischen den Interessen der Lehrerschaft und den Tendenzen der zwei Gesetzesvorlagen (über das *Forstwesen* und über die *Erbschafts- und Schenkungssteuer*) nicht zu bestehen. Das Forstgesetz, sagt man, interessiert doch gewiss nur Forstleute und Waldbesitzer, und mit dem « Erben » und « Schenken » (resp. Beschenktwerden) hat ja der grösste Teil der Lehrerschaft nichts zu tun. Aber bei näherem Zusehen ergibt sich doch, dass auch die Lehrerschaft ein Interesse daran hat, wenn diese Gesetze angenommen werden.

Beide Gesetze sind in hohem Masse berufen, dem öffentlichen Wohl zu dienen. Es soll hier nicht eine Zergliederung der verschiedenen Bestimmungen vorgenommen werden; wer sich über die Gesetze orientieren will, der nehme die Botschaft des Grossen Rates zur Hand, in welcher die wichtigsten Punkte hervorgehoben sind. Es soll hier nur gesagt werden, dass das *Forstgesetz* laut Botschaft nicht weniger als 25 gesetzgeberische Erlasse ausser Kraft setzt. Dass diese Musterkarte von Vorschriften viel Widerspruch und Rechtswirrwarr schuf, braucht nicht weiter erklärt zu werden, besonders wenn man in Berücksichtigung zieht, dass die seit 1902

Le corps enseignant et la votation

du 20 août

Au premier abord, il semble qu'il n'existe aucun rapport entre les intérêts du corps enseignant et les tendances des deux projets de *loi* (sur les *forêts* et concernant la *taxe des successions et donations*).

La loi sur les forêts, entend-on dire, n'intéresse évidemment que les forestiers et propriétaires de forêts; quant aux *successions, donations et héritages* ce sont des termes assez peu connus, pratiquement, du corps enseignant. Et cependant, si l'on étudie de plus près ces deux projets, on verra que les instituteurs ont tout intérêt à ce qu'ils soient acceptés.

Ces deux lois ont pour but d'améliorer la situation générale. Nous ne les détaillerons pas article par article. Que celui qui veut être renseigné se donne la peine de lire le message du Grand Conseil, qui en relève les principaux avantages. Il nous suffira de dire que la *loi sur les forêts* n'annule pas moins de 25 décrets, ordonnances et règlements jusqu'ici en vigueur. Cette multiplicité de prescriptions était une cause de continuel ennui, d'autant plus que bon nombre d'entre elles étaient en opposition à la loi *fédérale* sur les forêts en vigueur depuis 1902. Notre législation forestière cantonale doit absolument être en harmonie avec les prescriptions fédérales sur la matière.

bestehende eidgenössische Forstgesetzgebung mit vielen dieser Vorschriften in Widerspruch steht. Eine Anpassung an das eidgenössische Forstgesetz *muss* vorgenommen werden, wenn nicht unsere Forstwirtschaft Schaden leiden soll.

Von grosser Wichtigkeit sind die Bestimmungen betr. die Schutzwirkungen des Waldes im Hochgebirge, wodurch den Verwüstungen der Wildwasser Einhalt getan wird.

Die bernische Forstwirtschaft hat sich besonders in den letzten Jahren als eine reichlich fliessende Finanzquelle erwiesen. Wenn Reserven angelegt werden konnten, die für volkswirtschaftliche Reformen Verwendung fanden, so war dies grösstenteils den Erträgen der Staatsforsten zu verdanken. Das neue Gesetz zielt nun allerdings nicht auf die Vermehrung dieser Erträge ab. Im Gegenteil, die privaten Waldbesitzer werden durch das Gesetz entlastet. Aber eine Verwerfung des Gesetzes würde doch eine empfindliche Schädigung dieses wichtigen Zweiges unserer Staatswirtschaft herbeiführen, welche sich auch im Schulwesen und anderswo unangenehm bemerkbar machen würde. Es ist deshalb wohl begründet, dass auch der Lehrer für das Gesetz eintritt und das seinige tut, um ihm zur Annahme zu verhelfen.

Diese fiskalische Rücksicht tritt noch mehr zu tage bei dem Abänderungsgesetz über die *Erbschafts- und Schenkungssteuer*, indem aus diesem Gesetze in Zukunft dem Staat eine jährliche Mehreinnahme von 250,000 Fr. zufließen soll, ohne dass infolge dieser Erhöhung der einzelne Erbschafts- oder Schenkungssteuerpflichtige stark betroffen und benachteiligt wird. Die Besteuerung bei direkter Erbfolge, d. h. von den Eltern auf die Kinder, ist natürlich ausgeschlossen. Für die Erbfolge im 4. bis 6. Grade der Verwandtschaft wurden die Ansätze gegenüber der letzten Gesetzesvorlage (1902) sogar um 2% ermässigt. Eine Steigerung findet erst bei den entferntesten Verwandtschaftsgraden statt, oder wenn gar keine Verwandtschaft besteht (15%). Eine Erhöhung in der Steuer erfahren ferner die besonders hohen Erbschaften und Schenkungen, dagegen ist die

Parmi les dispositions les plus heureuses du projet, il convient de signaler celles qui ont trait à la protection des forêts des hautes régions et par conséquent à la régularisation des torrents alpestres.

L'exploitation des forêts domaniales a fourni, ces dernières années surtout, d'importants revenus au canton. S'il a été possible de créer des réserves financières en vue de la réalisation de réformes sociales, c'est en grande partie au rendement des forêts qu'elles sont dues. Le projet ne vise pas directement l'augmentation du rendement des forêts, et pourtant le rejet de la loi aurait pour conséquence d'arrêter tout progrès dans cette branche importante de l'administration de l'Etat; les budgets des autres dicastères, celui de l'instruction publique en particulier s'en ressentiraient. Il est donc bon que l'instituteur travaille à l'acceptation du projet de loi sur les forêts.

La nouvelle loi concernant la taxe sur les successions et donations a une portée financière bien plus grande, puisqu'elle procurerait à l'Etat un supplément de recettes d'environ 250,000 fr. par an, sans charger outre mesure les intéressés. Les successions en ligne directe, c'est-à-dire de parents à enfants, sont naturellement exemptes de la taxe. Pour les successions du 4^e au 6^e degré de parenté, les taxes sont même réduites du 2% comparativement à la loi de 1902. Ce n'est que dans les successions entre parents éloignés et lorsqu'il n'existe aucune parenté que le taux subit une majoration; la taxe est alors portée au 15%. En outre, ce sont principalement les grosses successions et donations qui sont atteintes par les nouvelles dispositions de la loi; le nombre des établissements et fondations reconnus d'utilité publique et exemptés de la taxe, a été par contre augmenté.

Zahl der von der Steuer befreiten öffentlichen und gemeinnützigen Anstalten vermehrt worden.

Eine wichtige Neuerung ist die Bestimmung, dass die Gemeinden künftig in der Verwendung ihres Anteiles von 10 % frei sind. Bisher musste dieser Anteil dem Schulgut zugewendet und kapitalisiert werden. Man ist allgemein der Ansicht, dass für die Gemeinden auf diese Weise eine viel fruchtbringendere Art der Verwendung möglich sei. Die Schule kommt deshalb nicht zu kurz, weil auf diese Weise der ganze Ertrag für allfällig notwendige Anschaffungen verwendet werden kann. Eine fernere Neuerung ist die, dass 3 % des Ertrages dem « Unterstützungsfonds für Kranken- und Armenanstalten » zugewiesen werden, was jährlich 20—25,000 Fr. ausmacht. An der Aeuffnung dieses Fonds haben alle Gemeinden ein grosses Interesse.

Man hat diese Gesetzesvorlage mit den Erhöhungen der Beamtenbesoldungen in Zusammenhang bringen wollen, indem man sagte: Wir müssen diese Einnahme haben, damit wir den Beamten eine Besoldungsaufbesserung bieten können. Das ist unrichtig. Die Beamtenbesoldungsaufbesserung muss und wird kommen, ob das Gesetz angenommen werde oder nicht, und wir Lehrer haben die Pflicht, nach Kräften zu helfen, dass den Beamten ihr Recht werde. Wir dürfen uns nicht auf einen egoistischen Standpunkt stellen und sagen: Zuerst kommen wir; wir sind noch schlimmer daran als die Staatsbeamten. Nein, wir müssen ihnen helfen. Je eher sie ans Ziel gelangen, um so eher ist es auch möglich, der Lehrerschaft zu helfen.

Wenn aber diese Aufbesserung für die Beamten durchgeführt wird, ohne dass das Erbschafts- und Steuergesetz angenommen ist, so müssen ohne Zweifel andere Zweige der Staatsverwaltung darunter leiden; die Gelder müssen an einem Ort genommen werden, wo sie zur Erfüllung wichtiger öffentlicher Aufgaben notwendig wären. Die aus dem Gesetz erwachsenden Mehreinnahmen dienen also dem allgemeinen Wohl, sie finden Verwendung in allen Zweigen der Staatsverwaltung und man kann deshalb diese Vorlage nicht mit den

Une innovation importante est celle qui autorise les communes à disposer librement du 10 % auquel elles ont droit. Jusqu'ici cette part du 10 % devait être versée au fonds d'école et capitalisée. On admet généralement que les communes sauront utiliser leur part d'une manière plus judicieuse. L'école ne s'en trouvera pas plus mal, attendu que le montant revenant à la commune pourra être affecté en entier à des acquisitions absolument urgentes. Une autre innovation prévoit que le 3 % de la taxe reviendra aux fonds de secours en cas de maladie et asiles de pauvres, ce qui représente une somme de 20 à 25,000 fr. par an; or toutes les communes ont intérêt à ce que ce fonds soit alimenté.

On a cru voir, dans le dépôt de ce projet de loi, une certaine coïncidence avec l'augmentation du traitement des fonctionnaires; on a fait ce raisonnement: « Il nous faut de l'argent pour améliorer la position financière des fonctionnaires de l'Etat. » C'est une erreur. L'augmentation des traitements est une nécessité inéluctable; que la loi soit acceptée ou rejetée, cette augmentation se fera et notre devoir, à nous autres instituteurs, est d'y travailler dans la mesure de nos forces. Nous n'osons pas nous placer au point de vue égoïste et dire: « C'est par nous qu'il faut commencer, nous sommes encore plus à plaindre que les fonctionnaires de l'Etat. » Non, nous leur devons notre appui. Nous travaillerons ainsi dans notre intérêt.

Si cependant cette amélioration des traitements devait s'opérer ensuite du rejet de la loi sur les successions et donations, il va sans dire que l'argent nécessaire devra être pris où on le trouvera, et il faudra réduire certaines dépenses peut-être très utiles.

Les 250,000 fr. que nous procurera la mise en vigueur de la nouvelle loi seront donc employés dans l'intérêt de tous, dans les différentes branches de l'administration; il n'y a donc aucun motif d'admettre que le projet a uniquement pour but de fournir

Beamtenbesoldungen in direkte Verbindung bringen.

Gegen das Steuern überhaupt und gegen das Versteuern von Erbschaften und Geschenken insbesondere besteht ein begreiflicher Widerwille, und es gibt gewiss viele Leute, die nie ans Erben kommen und doch gegen das Erbschaftssteuergesetz stimmen. Eine ruhige, sachliche Aufklärung täte da not und da kann die Wirksamkeit des Lehrers einsetzen. In jedem Landesteil sind wieder andere Bedürfnisse; aber alle Gemeinden haben die Staatshilfe nötig und sind auf Staatsgelder angewiesen. Schaffe man dem Staat auch die nötigen Mittel, um seine verkehrspolitischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. *M.*

Vereinssekretär und Interessenblatt

Mehrere Sektionsvorstände sind mit dem Gesuch an den Kantonalvorstand gelangt, dieser möchte zu handen der Sektionsreferenten und Mitglieder einiges Material beibringen, aus welchem man einigermassen auf die finanziellen Folgen schliessen könnte, welche aus der eventuellen Verwirklichung der Vorschläge der Sektion Nidau dem Verein erwachsen würden.

Der Kantonalvorstand hat beschlossen, diesem Begehren zu entsprechen. Er hat seinen Sekretär beauftragt, einschlägiges Material zu sammeln und im Korrespondenzblatt mitzuteilen, was hiemit geschieht. Wir fügen jedoch gleich bei, dass der Kantonalvorstand, entgegen dem geäußerten Wunsche eines Sektionspräsidenten, einstimmig beschlossen hat, in keiner Weise seine Ansicht zur Geltung zu bringen und die Beratungen der Sektionen zu beeinflussen, sondern an dem in Nummer 2 des Korrespondenz-Blattes eingenommenen Standpunkte festzuhalten. Demgemäss teilen wir das gesammelte Material ohne Kommentar mit, gerade so, wie es uns aus zuverlässigen Quellen zugekommen ist.

à la caisse de l'Etat les moyens d'améliorer le traitement de ses fonctionnaires.

Le peuple n'aime pas les impôts, pas même ceux qui visent les successions et donations; c'est si vrai que bon nombre de citoyens, qui n'auront jamais la bonne fortune de faire un héritage, voteront contre la loi modifiant la taxe sur les successions et donations, uniquement parce que c'est une loi de finance. Quelques mots d'explications ouvriraient peut-être les yeux aux aveugles « négatifs ». Ce serait dans le rôle de l'instituteur.

Toutes les régions du canton, toutes les communes ont besoin de l'aide de l'Etat. Fournissons donc à l'Etat les moyens de remplir son devoir; nous aurons fait œuvre de bons citoyens. *M.*

Secrétaire des instituteurs et organe des intérêts du corps enseignant bernois

Un certain nombre de sections ont demandé au comité central de fournir aux comités locaux et aux rapporteurs des sections quelques données leur permettant de discuter les propositions de la section de Nidau et d'en mesurer toute la portée financière.

Le comité central, déférant au vœu des sections, a chargé son secrétaire de réunir les matériaux indispensables pour cette étude, et de les communiquer aux sections et aux membres par la voie du Bulletin. Les voici. Contrairement au vœu formulé par un président de section, qui insiste pour que le C. C. émette d'abord son opinion, le C. C. unanime a décidé de s'en tenir à sa première décision de n'influencer en aucune façon le travail des sections en ce qui concerne les propositions des collègues de Nidau.

Nous fournissons donc sans commentaires les renseignements recueillis par notre secrétaire général et puisés à des sources absolument sûres.